

**Glanz und Elend der deutschen Geschichte**  
**Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017**  
**Band 10**

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und  
Rechtsstaatlichkeit ...**

**Band 10/129**

**Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 5**

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 26. Juli 2006: >>Schwarze Balken für die Wahrheit

Der "ungebetene Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim" hat der Familie des verstorbenen Kölner Großfinanziers nicht gepaßt: Das Buch "Der Bankier" von Werner Rügemer gibt es nur noch mit geschwärzten Stellen. Die umstrittenen Geschäfte des Bankhauses kritisiert der Autor jedoch weiter

Werner Rügemer hat viele Bücher geschrieben. Aber das ist dem Kölner Publizisten nie passiert: Das gerade fertig gestellte und an die Buchhandlungen ausgelieferte Werk wurde verboten. "Der Bankier" heißt das umstrittene Buch: "Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim". Die Oppenheims haben nicht nur nicht darum gebeten, sie haben mit allen Mitteln gegen die Veröffentlichung der Streitschrift gekämpft.

In dem Buch schildert Rügemer das Leben des verstorbenen Seniorchefs der Bank und bringt es in Verbindung mit der Darstellung von Geschäftszweigen und -praktiken des Hauses Oppenheim und seiner Tochterfirmen. Als Anlaß für seine reportagehaft angelegten Texte nimmt Rügemer die Trauerfeier, die für den Protestanten Oppenheim im vergangenen Jahr im katholischen Kölner Dom stattfinden durfte. Er erzählt, welche Gäste er dort gesehen und in welcher Beziehung sie zum Verstorbenen und seinen Geschäften standen. Das Gleiche wiederholt er anschließend auf dem Friedhof, wo er die Namensschleifen auf den Grabkränzen analysiert.

Das alles mag man im diskreten Kölner Reichen-Bankhaus morbide und unangebracht finden, damit läßt sich aber noch kein Verbot rechtfertigen. Also nahmen sich Anwälte einer Berliner Medienkanzlei das Werk vor und zerpflückten es. Heraus gekommen sind über 20 Punkte, die nach Ansicht der Juristen falsch sind. Zwar gibt es den einen oder anderen Punkt, der womöglich als fehlerhaft ausgelegt werden könnte. Unter anderem wurde in einem Schreiben aber auch darüber lamentiert, ob das Portrait des Seniorchefs in der Eingangshalle der Bank gemalt oder fotografiert ist.

Konkret analysiert Rügemer vor allem das öffentlich weitgehend unbekanntes Engagement der Bank bei der Privatisierung öffentlicher Firmen. "Da steht die Bank eher auf der Seite der Investoren und von deren Vorteilen - die Städte werden dabei über den Tisch gezogen", meint der Korruptionsforscher, Vize-Präsident der Organisation "Business Crime Control" und Lehrbeauftragte der Kölner Universität. Derart inhaltlich angegriffen zu werden - ob zu Recht oder nicht - behagt dem Bankhaus offenbar nicht. "Geheim, geheimer noch als geheim" ist die Geschäftspolitik eben. Die wohlhabenden Anleger schätzen es nicht, wenn über ihre Finanzaktionen öffentlich kritisch diskutiert oder auch nur berichtet wird.

Mit einigen Punkten setzten sich die Anwälte vor einem Berliner Gericht durch. Per Einstweiliger Verfügung untersagten sie den Vertrieb des Buches. Zuvor aber schrieben sie schon die Buchhändler an. So erhielt Ulrich Klinger von der "Buchhandlung für ausgesuchte Literatur" im Kölner Stadtteil Bickendorf einen juristischen Schriftsatz per Fax. Wenn er nicht binnen Stunden antworte, könne er bestraft werden, hieß es sinngemäß - weil er sich quasi der Verbreitung von Lügen schuldig gemacht habe. "Das ist für mich ein Relikt aus vordemokratischen Zeiten", schimpft Klinger.

Doch Rügemer wäre nicht Rügemer, wenn er sich tatsächlich den Mund verbieten ließe. Auch wenn er bestimmte Aussagen nicht wiederholen darf, kritisiert er weiterhin Bauprojekte wie die Kölnarena und die Kölner Messehallen. Beide wurden errichtet von einem Immobilienfonds, der eine Tochter des Troisdorfer Bauunternehmers Esch und des Bankhauses Oppenheim ist. Beide Projekte sind nach Ansicht Rügemers ungünstig für die Stadt Köln. Im Fall der Messe ermittelt sogar der Staatsanwalt.

"Mir haben viele Leute gesagt: Mensch, die Bank Oppenheim und der Esch-Oppenheim-Fonds hätten doch froh sein können, daß sie bei der Kölnarena so relativ günstig mit einem blauen Auge raus gekommen sind", erklärte Rügemer im Gespräch mit der taz: "Daß die dasselbe Muster noch mal machen - mit der selben Stadt - das hat doch bundesweit großes Aufsehen erregt."

Derzeit gibt es nun eine Auflage des Buches in den Läden, in der die vom Bankhaus angeprangerten Stellen in "Der Bankier" geschwärzt sind. Rügemer will aber weiterhin mit seinem Verlag gegen das Verbot vorgehen und wird dabei bereits von der Gewerkschaft Ver.di unterstützt.

Wer sich trotzdem aktuell über eines der wichtigsten Geschäftsfelder des Hauses Oppenheim informieren will, kann das auch in einem anderen neuen Werk von Rügemer - in seinem ebenfalls jüngst erschienenen Buch "Privatisierung in Deutschland - eine Bilanz" beschäftigt er sich auf etlichen Seiten mit dem Bankhaus. Systematisch zeigt er auf, wie zum Beispiel Volksvertreter in (teil) privatisierten öffentlichen Unternehmen den Einfluß verlieren. Und auch hier finden wir wieder den Zusammenhang zwischen Kölnarena und Messe: "Bei den Messehallen handelt es sich um eine Wiederholungstat."

Werner Rügemer: Der Bankier (geschwärzte Ausgabe), Verlag Nomen, ... Privatisierung in Deutschland, Verlag Westfälisches Dampfboot ...<<

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 3. Februar 2007: >>**In der Falle der Neoliberalen**

Es fehlt gegenwärtig nicht an Versuchen, die Welt neu zu erklären. Vor ein paar Jahren war der "Terror der Ökonomie" (Viviane Forrester) recht populär, dann kam das "Empire" (Negri/Hardt). Anderen Autoren reicht immer noch der Begriff "Globalisierung".

Rar sind dagegen Autoren, die sich in die Niederungen der real existierenden Ökonomie begeben und sich kritisch mit Cash-Flows, Portfolios oder REITs (Real Estate Investment Trusts) beschäftigen.

Das ist schade, denn so bleibt dieses Feld entweder den Neoliberalen überlassen, die wenig mehr zu bieten haben als die Heiligsprechung des Kapitalismus. Oder aber den Börsengurus, die ihren Lesern mit ihrer Ratgeber- und Erweckungsliteratur einreden wollen, daß auch "Du es schaffen kannst".

Eine löbliche Ausnahme ist Werner Rügemer. Seit Jahren beschäftigt sich der Kölner Publizist mit "Public Private Partnership", Verkauf von Genossenschaftswohnungen oder dem "Cross Border Leasing" - jenen berüchtigten Scheingeschäften, bei denen dutzende deutsche Kommunen ihre Infrastruktur für Scheingeschäfte hergegeben haben, bis der amerikanische Kongreß dieser Praxis einen Riegel vorgeschoben hat. Mit "Privatisierung in Deutschland" legt Rügemer nun eine Bilanz der Privatisierung seit der Wiedervereinigung vor.

Mit unzähligen Beispielen belegt er, daß durch Privatisierung bisher staatlicher Betriebe die Preise keineswegs niedriger werden oder die Leistungen besser. Bei der Post verschwinden zum Beispiel immer mehr Briefe, weil sich das Unternehmen die Nachforschungen spart. Und bei der Bahn steigen die Preise unaufhörlich, während die Verspätungen immer zahlreicher werden.

Am Beispiel der ehemaligen DDR zeigt Rügemer, wie die Treuhand nach der Wende öffentliches Eigentum regelrecht verschleudert hat. Privatisieren geht vor Sanieren, bringt er das auf eine Formel. Dabei hätte es oft preiswertere Alternativen gegeben, die ostdeutsche Wirtschaft zu sanieren, etwa durch Genossenschaften. Rügemer bringt hier Beispiele aus der Abwasserwirtschaft. Das wurde jedoch zugunsten von Firmeninteressen verhindert.

Leider erschlägt die Menge der Kommunen, Firmen und Finanzierungsmodelle, die Rügemer als Belege anführt, den Leser förmlich. Ein wenig mehr Einordnung und etwas weniger Zahlen hätten dem Buch gut getan. Zumal der gelernte Philosoph Rügemer einiges zu sagen hat. Zum Beispiel warnt er davor, sich auf die Frage "staatlich oder privat" einzulassen. "Rein rechtlich gesehen, können sich Aktionäre auch für neue Arbeitsplätze, für umweltverträgliche und nachhaltige Produktion entscheiden", argumentiert er. Umgekehrt gebe es auch genügend Fälle von kommunaler Mißwirtschaft. Die Frage "staatlich oder privat?", so seine These, ist eine Falle der Neoliberalen. "Die Voraussetzung, es gebe hier einen wesentlichen Unterschied, trifft nicht zu."

Das ist Diskussionsstoff für die globalisierungskritische Bewegung, der sich auch Rügemer im weitesten Sinne zugehörig fühlt. Denn de facto sind Linke in den Kommunen, in lokalen Attac-Arbeitskreisen oder Parteien immer dagegen, kommunale Unternehmen zu verkaufen. Und auch Rügemer plädiert am Ende für Wiederverstaatlichung von Unternehmen der Daseinsfürsorge wie der Wasserversorgung. Denn das könne ein erster Schritt zu einer "kooperativen Ökonomie" sein, um die - von ihm abgelehnte - "privatistische Profitwirtschaft" zu ersetzen. Was er damit meint, bleibt jedoch leider reichlich vage.

Werner Rügemer: "Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz". Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, 204 Seiten ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 27. September 2007: >>Verschwörungstheorie – Antisemitisches Wirtschaftsbuch wird Bestseller in China

Die Niederlage von Waterloo, Hitlers Aufstieg oder die Asienkrise: Für all das ist die Bankendynastie Rothschild verantwortlich, so eine Verschwörungstheorie aus China. Ein neues Buch über das Bankhaus ist dort zum absoluten Bestseller geworden.

Peking - Es ist eine absurde Auflistung von Ereignissen, die Song Hongbing in seinem Buch "Currency Wars" in Verbindung bringt. Egal, ob Waterloo, sechs tote US-Präsidenten, Hitlers Aufstieg, der Zusammenbruch der japanischen Wirtschaft, die Asienkrise oder die Umweltzerstörung - all diese unterschiedlichen Ereignisse aus zwei Jahrhunderten haben nach Meinung des chinesischen Bestseller-Autors eine gemeinsame Ursache: Die Kontrolle der internationalen Geldmärkte durch das Bankhaus Rothschild.

Selbst die US-Notenbank Fed sei heute, so Songs These, in der Hand von Privatbanken, die wiederum von Rothschild kontrolliert würden, schreibt die "Financial Times" in einem Bericht über den Verkaufserfolg aus China. Die jüdische Rothschild-Familie gehört seit rund 200 Jahren zu den einflußreichsten Bankiersfamilien und führt heute unter anderem eine der großen internationalen Investmentbanken.

An sich wären solche wilden Verschwörungstheorien nicht weiter erwähnenswert - wenn sich China nicht gerade mitten in einer heftigen Debatte um die Öffnung seiner eigenen Finanzmärkte befände. "Das Buch ist zu einem Überraschungshit geworden und wird von hohen Führungskräften aus der Regierung und der Wirtschaft gelesen", heißt es in dem "FT"-Bericht weiter. "Nicht wenige Geschäftsführer haben mich gefragt, ob das alles stimmt", zitiert die

Zeitung Ha Jiming, Chef der größten lokalen Investmentbank China International Capital. Damit liefert das Buch all jenen Munition, die dagegen sind, daß Peking sich dem amerikanischen Druck beugt und den chinesischen Renminbi aufwertet. Nach Angaben des chinesischen Verlags sind inzwischen fast 200.000 Exemplare des Buchs verkauft worden – geschätzt wird, daß noch mal 400.000 Raubkopien davon kursieren. So verbreiten sich Thesen wie "Wer immer die Geldmärkte kontrolliert, der kontrolliert das ganze Land" oder "Die geheimen Verbindungen von George Soros zu den Rothschilds haben ihn zum Chef der mächtigsten Finanzgruppe der Welt gemacht."

### **"Hätte nie gedacht, daß das ein Erfolg wird"**

Der Autor von "Currency Wars" ist eigentlich IT-Berater und Hobbyhistoriker und lebt selbst seit 1994 in den USA. Er habe ursprünglich nur herausfinden wollen, was die Ursachen der Asienkrise von 1997 gewesen seien, sagt Song laut "FT". Seine ersten Ergebnisse habe er in einem Blog veröffentlicht und sei dann von Freunden ermuntert worden, ein ganzes Buch daraus zu machen. "Ich hätte nie gedacht, daß es so ein Erfolg und von den wichtigsten Führungskräften gelesen wird."

Seine Landsleute seien wegen der Bewegung auf den internationalen Finanzmärkten nervös und wüßten oft nicht, wie sie mit den realen Gefahren umgehen sollten. Sein Buch informiere über die Hintergründe. "Was mich wirklich schockiert hat, war die Entdeckung, daß die US-Notenbank eine privat geführte Bank ist", so Song. Er spielt dabei auf die Tatsache an, daß private Banken Anteile an der Fed besitzen. In seiner Wahrnehmung, schreibt die "FT", werde die Notenbank letztlich von fünf Großbanken kontrolliert, darunter die Citibank, die enge Beziehungen zu den Rothschilds hätten. Daß die sieben Vorstandsmitglieder von der Regierung gewählt werden und die Bank damit unter staatlicher Kontrolle stehe, ignoriere Song dabei, heißt es in dem Zeitungsbericht weiter.

### **"Chinesen halten Juden für clever und reich"**

Antisemitisches Gedankengut kann Song in seinen Thesen nicht erkennen. "Die Chinesen halten Juden für reich und clever, deshalb sollten wir von ihnen lernen", zitiert ihn die "FT". Auch er halte sie für die wahrscheinlich intelligentesten Menschen weltweit. "Tatsächlich haben Chinesen größte Hochachtung vor dem, was sie als jüdischen Intellekt und Geschäftssinn verstehen - ohne dabei antisemitisch zu sein", bestätigt auch Jon Benjamin, Hauptgeschäftsführer des Jüdischen Verbandes in Großbritannien. "Zugleich gehören diese Beschreibungen zu den gängigen Vorurteilen und Verschwörungstheorien über Juden und ihren angeblichen Einfluß."

Daß das Buch so populär werden konnte, führt Investmentbank-Chef Ha auf einen ganz anderen Grund zurück: Nach der jahrelangen Stagnation durch die Asienkrise und den Zusammenbruch der japanischen Wirtschaft gebe es tiefe Vorbehalte unter chinesischen Entscheidungsträgern. "Sie sind zutiefst mißtrauisch gegen den Rat der westlichen Industrienationen, ihre Finanzsysteme zu öffnen und ihre Währung freizugeben. Sie glauben, das ist nur ein neuer Versuch, die Entwicklungsländer auszuplündern."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. November 2007 (x887/...): >>**Ablaß zahlen für Klimasünden**

Das Aufkommen eines "Welterrettungs-Kults" angesichts der Angst vor einer drohenden Klimakatastrophe beobachtet der Trendforscher Matthias Horx.

"Die Klima-Religion ist der adäquate Kult einer Konsum- und Medien-Erregungsgesellschaft, die ihrem eigenen Fortschritt nicht mehr traut. Sie ist der neue Fundamentalismus für jedermann", schreibt Horx. In dem Beitrag mit dem Untertitel "Warum die Rettung des Planeten zur neuen Mainstream-Religion wird" fragt er:

"Haben Sie heute schon Ihren Kohlendioxyd-Ausstoß gezählt? Nein? Das ist schlecht." Denn mit jedem Atemzug, dem Betätigen von Lichtschaltern, Fensterklinken, Fernbedienungen so-

wie Auto-, Zug- und Flugreisen bringe man die Menschheit dem Untergang näher. Aber, so Horx: "Keine Angst, Erlösung ist in Sicht." Wer dem kalten Herbst in den Süden "entfliegt", "der kann Ablaß zahlen". Dies gehe durch eine Geldspende, mit der in Tasmanien oder Sibiri- en Bäume gepflanzt werden:

"Und schon ist man von allen Öko-Sünden befreit!" Die Idee, daß die Welt auf den Abgrund zutreibe, sei so alt wie die Menschheit selbst. Die katholische Kirche verlange seit dem Mit- telalter stets Reue des Herzens, Bekenntnis und Genugtuung - "eine Choreographie, die man heute unschwer in jeder Weltuntergangs-Talkshow (also praktisch in jeder Talk-Show) erken- nen kann". Die Katastrophentese sei niemals zu widerlegen, und furchtbares Wetter werde es immer geben. Horx:

"Der Kult verheißt Sinn und Drohung, Feindbild, Weltordnung und Ritual. Und Geschäfts- möglichkeiten en masse. Richten wir also unser Leben, unser Geschäftsmodell, unsere Pro- duktpalette, unser Marketing auf das Kohlendioxyd-Zeitalter aus."

Nach Ansicht des Trendforschers hat auch Merkel "klug erkannt", daß sie mit dem Besetzen des Klima-Themas "einen Konsensbogen zwischen grünem Bürgertum und dem alten Wert- konservatismus spannen kann, der die neuen Mehrheiten definiert".<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 3. Januar 2008: >>Österreich: Staat, ade!

Österreichische Vordenker warnen in einer ZEIT-Umfrage: Die zunehmende Privatisierung des Gemeinwesens könnte den sozialen Zusammenhalt zerstören

Das Jahr endete, wie es begann: Die Krankenkassen sind pleite, die Frage nach häuslicher Pflege bleibt ungelöst, Konzepte für die Zuwanderung und Integration von Ausländern fehlen völlig. Alle diese Probleme, die in den vergangenen zwölf Monaten die Debatten dominierten, sind seit geraumer Zeit bekannt. Doch anscheinend muß erst ein kosovarisches Mädchen per Videobotschaft mit Suizid drohen, bevor eine öffentliche Diskussion über den Umgang mit integrierten Wirtschaftsflüchtlingen beginnen kann. Der Chef der Wiener Gebietskrankenkasse muß erst mit eindringlichen Worten die Zahlungsunfähigkeit seines Unternehmens beklagen, bevor der Bundeskanzler sich dazu äußert.

Oft diskutieren Experten in ihren elitären Denkfabriken jahrelang ein sich abzeichnendes Problem, doch Politiker und Medien ignorieren es konsequent. Das ist fatal: Denn je früher ein Konflikt erkannt und benannt wird, desto größer ist auch das Potential, ihn zu lösen. Ist er erst einmal voll ausgebrochen, gelingen in der Regel nur Scheinlösungen, weil politische Katzenmusik jeden ernst zu nehmenden Vorschlag verhindert.

Zum zweiten Mal initiierte die *ZEIT* nun gemeinsam mit dem Wiener Beratungsunternehmen Kovar & Köppl eine Umfrage unter österreichischen Experten aus Politik, Forschung und Wirtschaft, um Antworten aus zwei zentrale Fragen zu finden: Welche Themen werden derzeit übersehen? Und welches sind die verschwiegenen Probleme, die in den kommenden Jahren unweigerlich auf die politische Agenda rücken werden?

In der ersten Arena Analysis (ZEIT Nr. 40/06) warnten etwa einige der Befragten vor der Bedrohung des Wintertourismus durch den Klimawandel. Sie behielten recht. Auch in diesem Jahr benennen die Experten wieder einige Aspekte der Klimaveränderung, die von der breiten Öffentlichkeit bislang nicht wahrgenommen wurden.

### **Der Niedergang des Mittelstandes gefährdet das demokratische System**

Scheinbare mediale Dauerbrenner wie Globalisierung, Geburtenrückgang, Kriminalität, Gleichberechtigung oder Emanzipation spielen in den Antworten der Experten keine große Rolle. Statt dessen stehen das politische System, der Sozialstaat, die öffentliche Infrastruktur und das Internet zur Debatte. So unterschiedlich die Einschätzungen der Befragten auch sind, eine Prognose zieht sich als roter Faden durch einen Großteil der Antworten: Der Staat, das politische System und die demokratische Gemeinschaft werden an Bedeutung verlieren. Was heute noch als die öffentliche Domäne gilt, ist im Begriff, sich zurückzuziehen.

Diesen Rückzug des Öffentlichen prognostizieren die Befragten in verschiedensten Bereichen. Etwa im Kern des staatlichen Systems: dem demokratischen Rechtsstaat. Clemens Jabloner, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, wagt eine "düstere Prognose", wenn er auf den "Niedergang des Mittelstandes in der westlichen Welt" verweist. Der Mittelstand, das Rückgrat der Demokratie, verschwinde durch sozialen Aufstieg oder durch Verarmung zusehends aus der Gesellschaft. Damit bröckle eine der wichtigsten Voraussetzungen für das demokratische Miteinander weg, fürchtet Jabloner.

"Die reiche Oberschicht braucht die Demokratie nicht, weil sie ihren Willen und ihre Interessen ohnedies durchsetzen kann. Die arme Unterschicht hingegen hat auch nichts von ihr, weil ohnedies keine Planungssicherung mehr gegeben ist." Zwei Schichten mit völlig unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenszielen, die jedoch eines eint: ihre Gleichgültigkeit gegenüber demokratischen Prinzipien. "Andererseits wird in China, Indien und Rußland der Mittelstand immer stärker werden", meint Jabloner. "Es wird also dort vielleicht zu einer Entwicklung zum Besseren kommen." Kann es passieren, daß die westlichen Nationen schrittweise ihre Demokratien abschaffen? Ist sinkende Wahlbeteiligung mit gleichzeitigem Aufstieg der Populisten ein erstes Indiz dafür?

Mit diesen Befürchtungen steht Jabloner nicht allein. Auch der Politologe Peter Hajek sieht "in den nächsten Jahren etwas ganz Grundsätzliches auf dem Spiel" stehen: Das demokratische System. Gerade in Österreich seien die beiden dominierenden politischen Gruppierungen - Sozialdemokraten und Volkspartei - auf der Suche nach neuen Positionen. "Sie haben eigentlich ihre politischen Aufgaben erfüllt.

Dadurch wurde Platz für neue Gruppen frei." Das österreichische Wahlsystem mit seiner Ausrichtung auf Konsens und Proporz führe beim heutigen Mehrparteienparlament dazu, daß "keine klaren Mehrheiten gebildet werden können", meint Hajek. "Viel schwerer wiegt aber, daß es populistischen Gruppierungen möglich wird, Regierende vor sich herzutreiben, da diese zu Koalitionen quasi gezwungen werden." Das Ergebnis: Politikfrust, der den Entscheidungsträgern die Lösungskompetenz abspreche. Hajeks Analyse: "Letztlich bleibt ein im Kern ausgehöhlttes politisches System, das nur mehr Bestehendes verwaltet, aber keine Innovationskraft mehr erzeugen kann."

Erste Auswirkungen dieser Entwicklung sind jetzt schon sichtbar: Politik verkommt zur müden Show, in der die Form wichtiger ist als der Inhalt, Parteien zu lästigem Beiwerk der Demokratie. In Beliebtheitsrankings der Berufsgruppen nehmen Politiker stets einen der hintersten Plätze ein. Daß sie für ihre Arbeit Geld verdienen, dürfen sie - so scheint es - gar nicht mehr laut aussprechen: Sie gelten von vornherein als überbezahlt. Und der beliebteste Politiker ist seit Jahren ausgerechnet jener, der kaum reale Macht besitzt: der Bundespräsident.

Mitten in dieses Vakuum könnten die Religionen stoßen, glaubt der Politologe Anton Pelinka. Er prophezeit für das nächste Jahr "eine Wiederbelebung der Fristenlösungsdebatte und eine Wiederkehr des politischen Katholizismus". Dabei könnten ungewöhnliche Allianzen entstehen. "Der konservative Katholizismus, für den Weihbischof Andreas Laun, Ewald Stadler und die Fundamentalisten bei Opus Dei stehen, müßte im Islam einen Verbündeten sehen", meint Pelinka. Mit Kreuz und Halbmond gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Emanzipation und Relativismus: Koalition der Gläubigen statt Clash of Civilizations.

Nicht nur in der Legislative könnte der Staat künftig in Bedrängnis geraten. Auch sein Gewaltmonopol, eine der Grundfesten des Rechtsstaates, sehen einige Befragte in Gefahr. Stefan Titscher, Soziologe an der Wirtschaftsuniversität Wien, spricht von einer Gefährdung des "staatlichen Gewaltmonopols durch die private Militärwirtschaft", während Clemens Jabloner über die "Privatisierung der Sicherheit" besorgt ist.

Er prophezeit "abgesperrte, private Wohnquartiere", die von kommerziellen Sicherheitsdiensten bewacht werden, weil sich die reichen Bürger von der überforderten Polizei nicht mehr

ausreichend geschützt fühlen. Stacheldraht rund um die bessere Gegend in den urbanen Vororten, wo die Einbruchskriminalität traditionell hoch ist? In Österreich ist das noch Zukunftsmusik, in den USA bereits Realität.

Es ist der Verlust des öffentlichen Raumes, der sich in solchen Vorhersagen abzeichnet. "Man kommt im Europa von heute zwar überallhin, bald aber nirgends mehr rein", fürchtet Jabloner. Durch die schrittweise Privatisierung von Flächen, die früher öffentlich waren, und durch die allgegenwärtige Überbetonung des Konsums gehe ein zentraler Wert der Gesellschaft verloren: die Freizeit. "Der Bürger wird bald nur mehr als Kunde existieren, das bloße zwecklose Herumgehen wird verpönt werden", fürchtet Jabloner.

### **Wer auf der Straße nicht mehr schlendern kann, tut das auf Myspace**

Alternativen dazu würden viele im Internet suchen, glaubt der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes. Wer auf der Straße nicht mehr schlendern kann, tut das eben auf Myspace, Facebook oder in der Blogosphäre. "Web 2.0" hat sich bereits in den vergangenen zwei Jahren zu einem geflügelten Wort entwickelt. Die Gesetzgebung und die öffentliche Diskussion hinken den Entwicklungen dabei oft hinterher. Gerfried Stocker, Chef des Ars Elektronika Center, weist auf eine bislang ungelöste Frage hin: Wem gehört der virtuelle öffentliche Raum? Der Service ist bekannt: Informationen, Botschaften oder Werbung werden von Unternehmen mit bestimmten, real existierenden Orten verknüpft, etwa in einem Georeferenzierungssystem von Google.

"Ich kann eine Werbung so positionieren, daß sie nur auf den Handys von Besuchern eines bestimmten, gut gehenden Lokals sichtbar wird", erklärt Stocker. Wem aber gehört nun diese örtlich gebundene Werbefläche, die physisch gar nicht existiert? "Dem Netzwerk-Provider? Demjenigen, der den Service und den Speicherplatz zur Verfügung stellt? Dem Grundstückseigentümer? Der Gemeinde? Dem Staat?"

Fragen, die so abseitig scheinen, daß etablierte Kommentatoren darüber höchstens die Nase rümpfen würden. Was aber, wenn die Beliebtheit der Geoinformationsangebote steigt? Es gibt dazu keine Gesetze, keine Präzedenzfälle und keine Gutachten. Gehören Google bald ganze virtuelle Landstriche? Ersitzt sich das Unternehmen den weltweiten digitalen Raum, nur weil sonst niemand Anspruch darauf erhebt?

"Die virtuellen Räume sind aber auch nicht öffentlich im klassischen Sinn, sondern im privaten Besitz und unterliegen daher der Willkür der Eigentümer", meint Stocker. Das führe zu einem "Wildwuchs des Datensammelns und Profilings auf privatwirtschaftlicher Basis".

Heute schon bieten Suchmaschinen wie Spock kommerziell Dienste an, die nur knapp an einer Mißachtung jeglicher Persönlichkeitsrechte vorbeischrannen: Spock sammelt gezielt personenbezogene Daten im gesamten Netz und stellt Profile aller im Internet aufscheinenden Personen zusammen. Noch funktioniert der Dienst mehr schlecht als recht. Wenn er jedoch einmal fertig entwickelt sein wird, könnte er zum hilfreichen Tool etwa für Arbeitgeber werden, die mittels "Spockens" (analog zum Googeln) Stellenbewerber oder Angestellte auf Jugendsünden abchecken könnten.

Falls es dann noch Angestellte gibt. Der Trend zur prekären Beschäftigung war eines der bestimmenden Arbeitsmarktthemen des vergangenen Jahres. Euphemismen wie Ich-AG oder Neue Selbständige prägen die Diskussion um jene rasant wachsende Gruppe von Arbeitnehmern, die abhängig von einzelnen Auftraggebern ihr Dasein als Scheinselbstständige fristen. "Das wird im Moment nur auf einer individuellen Ebene diskutiert", klagt Dwora Stein, Bundesgeschäftsführerin der GPA. "Was mittel- oder langfristig passiert, wird aber nicht angesprochen.

Jeder betreibt seine Ich-AG. Aber was passiert mit der Gesellschaft?" Kann der Sozialstaat im 21. Jahrhundert aufrechterhalten werden, wenn sich immer häufiger die Arbeitgeber ersparen, ihren Anteil zur Sozialversicherung oder die Kommunalsteuer für Mitarbeiter zu bezahlen?

Stein vermißt zudem eine unaufgeregte Diskussion darüber, wie es angesichts der schwindenden Ressourcen mit den Leistungen der öffentlichen Hand weitergehen soll: "Das wird in Österreich lediglich negativ diskutiert. Zu viele Beamte, zu hohe Zulagen." Die drängenden Fragen würden so ins Hintertreffen geraten: Was soll die öffentliche Hand leisten? Und: Was kann der Sozialstaat zukünftig überhaupt noch leisten?

"Das Thema wird nur punktuell diskutiert", meint Peter Hajek. Das bedrohliche Gesamtbild jedoch habe es noch nicht in das öffentliche Problembewußtsein geschafft. "Es greift da eines ins andere", sagt Hajek. "Das Steuer- und Sozialsystem gehört grundlegend reformiert und wird dadurch unser Leben, unsere Einstellungen und Werte entscheidend ändern."

### **Bis wann lohnen sich medizinische Eingriffe bei älteren Menschen?**

Die meisten Befragten sehen auch bei dem Gesundheitssystem hohen Diskussionsbedarf. So etwa Gerald Wintersberger, Leiter des Karl Weigl-Bildungshauses der Arbeiterkammer: "Die Diskrepanz zwischen dem Stand der Forschung und den Leistungen, die das System zahlen kann, vergrößert sich." So würden etwa neuartige Screeningverfahren zur Tumorfriherkennung präsentiert und beworben: Sie seien aber schlicht unleistbar. Zweiklassenmedizin ist erst in den vergangenen Monaten zu einem Schlagwort geworden.

Dahinter verbirgt sich ein Strukturproblem, das Ausdruck einer zunehmenden Privatisierung des Gesundheitswesens ist, in dem finanzielle Überlegungen schlagen würden: "Bis wann lohnen sich medizinische Eingriffe bei älteren Menschen? Hat ein 85-Jähriger Anspruch auf ein künstliches Hüftgelenk?" Eine heikle Diskussion, die nach Ansicht Wintersbergers im Jahr 2008 noch stärker geführt werden wird als derzeit.

Die Privatisierung setzt nicht nur dem Sozialstaat zu. Ein "Infarkt" drohe auch dem Verkehr, prognostiziert Claus Faber von der Gewerkschaft Vida. Er spricht von einer "permanenten Überlastung der Verkehrsinfrastruktur", der weder Schiene noch Straße gewachsen seien. "Beim Personenverkehr wird der Kollaps zuerst in den Ballungsräumen sichtbar werden, wo der Pendlerverkehr täglich zum Totalstau führen wird." Eine privatisierte Bahn könne dabei keine Alternativen bieten. "Die außerbudgetäre Finanzierung der ÖBB wird 2012 kollabieren. Jedes Jahr werden 1,6 Milliarden Baubudget aufgenommen - bei einer jährlichen Lücke von einer Milliarde." Die Konsequenz für Faber: Weitere Privatisierung der maroden Bahn, was selbstverständlich zu einer Reduzierung des Angebots führen muß.

Das Beispiel ÖBB zeigt ebenso wie der zunehmende Rückgriff auf private Sicherheitsdienste oder der Trend zu selbst versicherten Ich-AGs: Wo der Staat sich von öffentlichen Aufgaben langsam zurückzieht, diese dem Einzelnen überläßt oder sie gleich auf private Unternehmen abwälzt, ergeben sich keineswegs nur Vorteile.

Ein anderer Bereich, den der Staat zumindest inoffiziell längst aus der Hand gegeben hat, sind die Pensionen: Junge rechnen kaum noch damit, daß sie nach dem Arbeitsleben ihr Auskommen mit einer staatlichen Rente finden werden. Private Pensionsversicherungen erfreuen sich daher großer Beliebtheit.

Der Politikberater Karl Jurka sieht auch diesen Boom auf tönernen Füßen: "Wenn die erste nennenswerte Lebensversicherung in Zahlungsschwierigkeiten kommt, wird die private Pensionsvorsorge zu einem zentralen Emotionsthema. Die Europäische Kommission erwartet das für 2015. Es könnte aber schon früher sein."

Der Winzer Willi Bründlmayer hat einen anderen Vorschlag für Pensionisten, deren staatliche Rente nicht zum Leben reicht. "Den Pensionisten sollten vernünftige Gleitzeitregelungen und Ruhestandsbestimmungen angeboten werden, die den Zuverdienst beispielsweise im Weinbau ohne Pensionskürzung ermöglicht", fordert Bründlmayer. "Eine sehr anregende Zusatzbeschäftigung, um die magere Pension aufzuspritzen, ist das Sektrütteln." ...<<



Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Januar 2008 (x892/...): >>>Das Naturrecht als Grundlage jeder staatlichen Ordnung

Vortrag des Civitas Instituts

### **1. Was versteht man unter Naturrecht?**

Wenn man heute in verschiedenen Kreisen das Wort "Naturrecht" gebraucht, stößt man nicht selten auf völliges Unverständnis. Das Verständnis des überlieferten Naturrechts scheint in der Tat vollständig aus dem Bewußtsein unseres Volkes verschwunden zu sein. Man assoziiert damit so etwas wie die Ordnung von Naturvölkern, das "Recht des Stärkeren" und ähnliches. Man erkennt hieran einmal mehr, wie schnell ein grundlegender politischer und sozialer Begriff verschwinden kann, wenn bestimmte interessierte Kreise alles daran setzen, ihn zu unterdrücken und durch etwas anderes zu ersetzen. An die Stelle des Naturrechts hat man den Begriff der Menschenrechte gesetzt, der einen völlig anderen Hintergrund hat, worauf ich später noch genauer zu sprechen kommen werde.

Ohne ein gutes Verständnis des wahren Naturrechts, wie es seit Jahrhunderten von der Kirche verteidigt wird, ist eine richtige und angemessene Beurteilung ethischer, sozialer, politischer und juristischer Probleme unserer Welt nicht möglich. Darum ist es geradezu eine Verpflichtung für einen Katholiken, sich zumindest die Grundkenntnisse des Naturrechts anzueignen und für seinen persönlichen Lebensbereich fruchtbar zu machen. Dies will ich mit dem folgenden Vortrag versuchen.

Leider hat die katholische Kirche selbst den Begriff des Naturrechts nach dem II. Vatikanischen Konzil entweder ganz aufgegeben und ebenfalls durch den Begriff der Menschenrechte ersetzt, oder ihn so abgeändert, daß er nicht mehr im Widerspruch zum neuzeitlichen rationalistischen oder aufklärerischen Naturrechtsverständnis steht. Es gibt nämlich nicht das Naturrecht schlechthin, sondern ganz verschiedene Verständnisse des Naturrechts. Dazu später mehr.

Was ist nun mit dem Wort "Naturrecht" gemeint? Das Wort "Natur" bezieht sich nicht primär auf die allgemeine von Gott geschaffene Natur, sondern meint die Natur im Sinne von Wesen und zwar des menschlichen Wesens. Der Mensch ist nicht, wie uns der Existentialismus und ähnliche Ideologien klar machen wollen, das "nicht festgestellte Tier" (Nietzsche), er ist nicht ein weißes, unbeschriebenes Blatt, daß sich selbst zu dem macht, was es sein will, ein "geworfener Entwurf", wie Heidegger sagt, sondern er hat eine ihm, die allen Menschen gemeinsame Natur, ein unveränderliches Wesen, das allen Menschen aller Jahrhunderte gemeinsam ist. Alle Menschen sind Menschen und keine Kühe, oder Hühner, oder Regenwürmer. Dasjenige, was den Menschen zum Menschen macht, das, wodurch er sich von allen anderen Geschöpfen unterscheidet und wodurch er eben ein Mensch ist, nennt man die Natur des Menschen.

Und was ist diese Natur des Menschen, was zeichnet ihn vor allen anderen Geschöpfen aus? Der Mensch ist eine leib-seelische Einheit. Der Mensch ist das animal rationale, wie man im Mittelalter sagte, das vernunftbegabte, geistige, rationale Lebewesen. Er ist weder reiner Geist wie die Engel noch einfach ein Lebewesen wie die Tiere und Pflanzen. Es ist vor allem anderen der Geist, die Vernunft, die den Menschen von allen anderen Lebewesen auf der Erde unterscheidet. Und was ist mit dem Geist genauer gemeint? Insbesondere zwei Fähigkeiten sind es, die den Geist charakterisieren: durch seine Geistigkeit kann der Mensch etwas als etwas erkennen.

Die menschliche Erkenntnis ist nicht einfach so, daß sie z.B. irgend etwas bloß wahrnimmt was ihr auf seinem Weg durch einen Raum im Wege steht, oder nur insofern wahrnimmt, als es zu seiner Lebenserhaltung notwendig ist wie beim Tier, sondern der Mensch nimmt z.B. wahr, daß der Stuhl dort aus Holz ist, daß der Himmel heute bedeckt ist und Regen verheißt. Durch die Vernunft kann der Mensch zudem erkennen, was gut ist und was schlecht ist, was böse ist. Er sieht z.B. nicht bloß einfach, daß ein junger Mensch einer älteren Dame die

Tasche aus der Hand nimmt, sondern er sieht damit auch ein, daß diese Handlung böse ist. Und die zweite Fähigkeit des Geistes ist der Wille.

Dadurch kann sich der Mensch frei, ohne inneren und äußeren Zwang für das Gute entscheiden. Er kann durch den Willen auch eine naheliegende Befriedigung zu Gunsten einer höheren Befriedigung zurückstellen, und das nicht nur einige Minuten, sondern tage-, wochen- und oft jahrelang; er kann seine natürlichen Triebe unterdrücken, umlenken und umformen.

Aus der kaum zu leugnenden allgemeinen Tatsache der leib-seelischen Einheit, die der Mensch ist, ergeben sich nun ganz bestimmte Gesetzmäßigkeiten, die mit dem Wort "Naturrecht" zusammengefaßt werden, z.B. das ganz einfache Gesetz, daß bei allem was der Mensch tut, das Geistige gegenüber dem leiblichen vorherrschen soll.

Diese Gesetzmäßigkeiten sind göttlichen Ursprungs, weil der Mensch, wie alles andere auch, von Gott geschaffen ist. Deshalb können sie vom Menschen ebenso wenig geändert oder beseitigt werden wie die allgemeinen Naturgesetze der Physik, der Chemie und Biologie. Der Mensch unterliegt auch diesen Naturgesetzen, sie sind gültig, unabhängig von Raum und Zeit. Allerdings sind die Gesetze des Naturrechts nicht in derselben Weise bindend, wie die Naturgesetze der Physik usw. Letztere sind unabänderlich und können durch uns nicht außer Kraft gesetzt werden.

Wir können gegen Naturgesetze praktisch gar nicht verstoßen ohne zumindest schweren Schaden davon zu tragen. Wer die Gesetze der Schwerkraft nicht beachtet, fällt sogleich heftig auf die Nase und wird deshalb z.B. alles tun, möglichst nicht aus dem fünften Stock eines Hauses zu springen. Im Prinzip kann man auch gegen das Naturrecht nicht verstoßen, ohne schweren Schaden zu verursachen, doch tritt dieser Schaden nicht immer sofort ein und ist oftmals auch nicht sogleich zu erkennen.

Die Gesetze des Naturrechts sind nämlich moralische Gesetze, Gesetze die ein Sollen beinhalten, was von den Naturgesetzen der Physik zweifellos nicht gesagt werden kann. Man kann gegen das Naturrecht verstoßen, sich darüber hinwegsetzen und anderes tun, als vom Naturrecht vorgesehen. Wir können uns z.B. unseren Begierden überlassen, uns von einer Wut beherrschen lassen und auf Rache aus sein. Dann herrscht das Animalische in uns über das Geistige.

Wir sehen also, woher das Naturrecht seinen Ausgangspunkt nimmt. Die Grundlage des Naturrechts ist das Wesen des Menschen, die menschliche Natur. Dies ist ein objektiver Ausgangspunkt, etwas, das völlig unabhängig von uns besteht, was wir uns nicht selbst ausgedacht haben, was wir nicht selbst gemacht haben. Es ist eine schlichte, auch wissenschaftliche Tatsache, daß der Mensch eine leib-seelische Einheit ist, daß er Person ist, die leibliches und geistiges in sich verbindet.

Schon in diesem Ausgangspunkt, in der Grundlage unterscheidet sich das christlich verstandene Naturrecht, - man spricht auch vom metaphysisch verstandenen Naturrecht - von allen anderen Naturrechtstheorien. Das aufklärerisch-individualistische Naturrecht beispielsweise nimmt seinen Ausgangspunkt von einem angeblichen Urzustand des Menschen, einem einsamen Robinson Crusoe, wobei die Beschreibung dieses Urzustandes weitgehend von den subjektiven Vorlieben des Autors bestimmt wird.

Beispiele hierfür sind etwa Jean Jacques Rousseau und Thomas Hobbes, die sich auch noch in der Beschreibung des Urzustandes des Menschen deutlich unterscheiden. In diesen Theorien wird zudem der Mensch in seiner Individualität zum Ausgangspunkt genommen und damit die soziale Natur des Menschen als etwas zweitrangiges, nicht ursprünglich zum Menschen gehörendes angesehen. Folglich können diese Theorien auch nur zum Individualismus führen.

## **2. Wo hat das Naturrecht seinen Ursprung?**

Die Lehre vom Naturrecht ist eigentlich schon sehr alt und keine christliche Erfindung. Das

Naturrecht selber ist allerdings noch viel älter als die Lehre vom Naturrecht. Die wichtigsten Elemente des Naturrechts finden sich praktisch in fast allen Hochkulturen der Menschheit, am deutlichsten ausgeprägt freilich in der griechisch-römischen Kultur und ganz besonders im Volk Israel in den Zehn Geboten. Die Zehn Gebote, die das Volk Israels am Berge Sinai von Gott selbst empfangen hat, sind gewissermaßen eine klare Kurzfassung des gesamten Naturrechts.

Durch die schwere Beeinträchtigung die die menschliche Natur durch die Sünde unserer Stammeltern erlitten hat, sah Gott offenbar die Notwendigkeit, dem auserwählten Volk Israel das Naturrecht in einer einfachen und einprägsamen Form mitzuteilen. Grundsätzlich ist aber festzuhalten, daß der Mensch auch ohne göttliche Offenbarung, wenn auch mit verschiedenen Schwierigkeiten, das Naturrecht mit seiner Vernunft einsehen und verstehen kann. Dies sieht man beispielhaft in der griechisch-römischen Kultur, wenn hier auch zweifellos nicht immer alles mit rechten Dingen zugeht und verschiedene Irrtümer fast unvermeidbar waren.

Die Lehre vom Naturrecht geht zurück auf die Anfänge der Philosophie bei den Griechen, besonders aber auf Aristoteles. Ihre systematische und christliche Prägung erhielt es insbesondere durch den hl. Thomas von Aquin. Auch hier sieht man, daß das Christentum das Vorhandene nicht einfach zerstört, sondern aufnimmt und durch das geoffenbarte Licht des Glaubens durchdringt, reinigt und erhellt. Seit der Zeit des engelgleichen Lehrers ist die Lehre vom Naturrecht die Grundlage für die Lehrverkündigung der Kirche in Bezug auf allgemeine moralische, soziale, politische und rechtliche Fragen mit denen sich die Kirche an alle Menschen des Erdkreises wendet und nicht nur an die Gläubigen.

Die Lehre des Naturrechts ist nicht primär eine kirchliche Lehre oder mit der katholischen Lehre identisch. Sie bezieht sich ausschließlich auf die natürlichen Rechte und Pflichten des Menschen als Menschen. Dies wird schon dadurch ersichtlich, daß z.B. die christliche Moral weit über die Ethik des Naturrechts hinausgeht. Die genuin christlichen Tugenden von Glaube, Hoffnung und Liebe sind übernatürliche Tugenden, die ohne die göttliche Gnade nicht bestehen können. Gnade setzt aber die Natur voraus. Das Naturrecht ist das allgemeine Gesetz, das sich aus der von Gott geschaffenen Natur des Menschen ergibt. Es ist für alle Völker aller Zeiten verbindlich, weil das Wesen des Menschen unabhängig von Volkszugehörigkeit, Kultur und Geschichte ist.

### **3. Wandlungen im Verständnis des Naturrechts (Rationalismus, Aufklärung, Menschenrechte); protestantische Autoren.**

Heute und schon seit dem 16. Jahrhundert wird das wahre Naturrecht häufig einfach mit der katholischen Moral identifiziert und auf Grund dieser Verbindung abgelehnt. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt auch die Revolution des Protestantismus, der zunächst mit Luther das Naturrecht ablehnte, sich dann aber später wieder damit befaßte und eine eigene Naturrechtstheorie entwickelt. Zu nennen ist hier Hugo Grotius, der die Grundlagen für das liberale Naturrechtsverständnis geschaffen hat und Samuel Puffendorf, dessen Naturrechtsverständnis die wichtigsten Grundlagen für das Naturrecht der Aufklärung vorwegnimmt.

Ganz im Sinne von Luther ist beiden die Trennung von göttlichem und weltlichem Recht gemeinsam, beide säkularisieren das Naturrecht, d.h. sie trennen die Rechte und Pflichten des Menschen von den Rechten Gottes. Diese Trennung von Gott und Mensch in der Gesellschaft findet sich seither bei allen anderen Theorien des Naturrechts, am radikalsten bei den auf die französische Revolution zurückgehenden "Menschenrechten", in denen Gott bestenfalls noch in irgendeiner Präambel vorkommt.

Die Theorie der Menschenrechte ist die Naturrechtslehre der Freimaurer. Hierzu gehört auch das Projekt "Weltethos" des sogenannten 'Theologen' Hans Küng, für das er am 17. Mai 2007 den "Kulturpreis Deutscher Freimaurer" vom Großmeister Jens Oberheide überreicht bekam. Laudator war übrigens der Intendant des WDR, Fritz Pleitgen.

Vor allem seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist der Begriff des Naturrechts nicht nur aus der öffentlichen Diskussion weitgehend verschwunden, sondern auch aus der kirchlichen Lehrverkündigung. Dies wird ersichtlich am neuen Sozialkatechismus der katholischen Kirche (Kompendium der Soziallehre der Kirche, 2006), der seine individualistisch-personalistische Prägung nicht verbergen kann und den Grundbegriff der überlieferten Soziallehre, das Gemeinwohl, kaum noch verwendet. An die Stelle des Naturrechts treten heute die "Menschenrechte".

Wir halten also fest, daß es nicht das Naturrecht gibt, sondern daß es zumindest drei unterschiedliche Verständnisse des Naturrechts gibt. Gemeinsam ist allen drei Auffassungen der Gegensatz zum sogenannten positivistischen Rechtsverständnis, welches das gesamte Recht als bloße Setzung (lat. positio) des Menschen, bzw. der menschlichen Vernunft, versteht. Damit hört aber bereits die Gemeinsamkeit auf.

#### **4. Das metaphysisch verstandene Naturrecht:**

Die Natur des Menschen als leib-geistige Einheit

Doch kehren wir zurück zum ursprünglichen und wahren Verständnis des Naturrechts. Naturrecht in diesem Sinne hat eine ontologische, eine metaphysische Begründung im Wesen, in der Natur des Menschen. Und die Natur des Menschen, wie der Mensch und alles andere überhaupt, ist von Gott geschaffen. Hier sind wir schon beim wichtigsten Unterschied zwischen dem überlieferten, metaphysischen Naturrecht und allen anderen Naturrechtsverständnissen, die sich später in der Neuzeit herausgebildet haben.

Außer dem metaphysischen Naturrecht sind alle anderen Begriffe des Naturrechts, einschließlich der protestantischen Formen, säkularisierte Formen des Naturrechts. Selbst wenn bei ihnen Gott noch vorkommt, hat er eine bestenfalls nebensächliche Bedeutung, bildet aber nicht das Prinzip des Naturrechts. Dabei ist zu beachten, daß der naturrechtliche Gottesbegriff nicht mit dem Gott der Offenbarung identisch ist! Im Naturrecht nimmt man Bezug auf einen Gott, wie er mit den Mitteln der natürlichen Vernunft klar erkannt werden kann. Gott ist demnach ein ewiges, unveränderliches, allmächtiges, allwissendes, gerechtes und gütiges Wesen, das das gesamte Universum geschaffen hat, ein Gottesverständnis, wie es zum Teil bereits in der griechischen Philosophie beschrieben wurde.

Was folgt aber aus dieser Stellung Gottes? Wenn Gott alles erschaffen hat, dann hat er selbstverständlich auch uns, den Menschen erschaffen. Und mit dem Menschen hat Gott bestimmte Gesetze erschaffen an die sich der Mensch halten muß, um seiner menschlichen Würde gerecht zu werden.

Um welche Gesetzmäßigkeiten handelt es sich nun? Man kann die sich aus der Natur des Menschen ergebenden Gesetzmäßigkeiten in drei Gruppen einteilen, die sich aus den Beziehungen ergeben, in denen der Mensch, also wir, eingebunden sind. Man findet ja oft die Vorstellung, daß Gott nur Einzeldinge erschaffen hat und alles andere gewissermaßen von selbst da ist oder von den Einzeldingen selbst gemacht wurde. Diese Vorstellung, die das Einzelne, Individuelle in den Mittelpunkt stellt und alles andere, wie z.B. die Beziehungen und Eigenschaften der Dinge und Menschen als zweitrangig betrachtet, nennt man Nominalismus.

Diese Vorstellung stammt aus dem Spätmittelalter und war der Wegbereiter der neuzeitlichen Welt. Gott hat keineswegs nur Einzeldinge und einzelne Menschen erschaffen, sondern ebenso alle allgemeinen Eigenschaften und Beziehungen, in denen die Dinge und Menschen stehen, also auch z.B. die Familie und die Gesellschaft! Die Gesetzmäßigkeiten die mit dem Wort Naturrecht zusammengefaßt werden ergeben sich nun aus den drei Gruppen von Beziehungen, in denen der Mensch immer schon steht, die Gott mit dem Menschen zusammen erschaffen hat. Es gibt nun drei Gruppen solcher Beziehungen:

1. Da sind zunächst die Pflichten und Rechte, die sich aus dem Verhältnis des Menschen zu

Gott ergeben, denn er ist ein von Gott geschaffenes Wesen, das in seinem gesamten Leben vollständig von Gott abhängig ist.

2. Aus seiner Natur als leib-seelisches Wesen ergeben sich bestimmte Verpflichtungen im Verhältnis des Menschen zu sich selbst.

3. Es folgen bestimmte Rechte und Pflichten aus der Natur des Menschen im Verhältnis zu seinen Mitmenschen.

Zur Verdeutlichung des hier sehr allgemein Gesagten zunächst eine kurze Erläuterung.

Zu 1.: Als von Gott geschaffenes und von ihm abhängiges Wesen folgt für den Menschen die Verpflichtung, Gott zu danken und ihm die Ehre zu erweisen. Der Mensch ist vollständig von Gott abhängig, unendlich abhängiger, als ein Säugling von seinen Eltern. Und während die Abhängigkeit des Kindes von den Eltern im Verlauf des Lebens immer mehr abnimmt, gilt dies von der Abhängigkeit des Menschen von Gott keineswegs. ...

Es folgt daraus aber auch das Recht zur Ausübung des wahren religiösen Kultes. Dadurch wird unmißverständlich deutlich, daß die zunehmende Beseitigung der Sonntagsruhe durch den liberal-kapitalistischen Staat ein schwerer Verstoß gegen das Naturrecht ist. Dies ist nur ein Beispiel wie der moderne Staat, der bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über Menschenrechte daher faselt, die Rechte Gottes, aus denen sich überhaupt erst Rechte für den Menschen ergeben, mit Füßen tritt. Ein Christ, der dies auch offen ausspricht, wird von denselben Personen mit einem islamistischen Haßprediger gleichgesetzt.

Zu 2.: Kommen wir nun zum zweiten Bereich der Beziehungen, den Beziehungen des Menschen zu sich selbst. Die leib-geistige Natur des Menschen bedeutet nicht, daß der menschliche Leib und sein Geist einfach nur nebeneinander bestehen wie zwei Welten. Dieser radikale Dualismus wurde von dem französischen Philosophen René Descartes im 17. Jahrhundert vertreten und fand später viele Anhänger.

Es gibt hier eine Hierarchie zwischen dem Leiblichen und dem Geistigen, wobei das Geistige im Menschen dem Leiblichen, - seinen Trieben, Emotionen usw. - übergeordnet ist. Daraus folgt für den Menschen die Verpflichtung, alles Triebhafte und aus seiner Physis stammende, dem Geistigen soweit wie möglich unterzuordnen. Damit gemeint sind bestimmte Tugenden, wie die Mäßigkeit, die Keuschheit usw., also Verhaltensweisen, in denen der Mensch seine triebhafte Natur nicht ausschaltet, sondern dem Geistigen unterordnet. Ein auch nur grober Blick auf unsere gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände macht schon klar, daß heute das genaue Gegenteil propagiert wird.

Man muß seine Triebe ausleben, alles in vollen Zügen genießen. Zurückhaltung, Mäßigkeit gilt als "total spießig". In früheren Jahrhunderten waren diese Tugenden schon allein zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung lebensnotwendig. Die moderne Gesellschaft hat offensichtlich Mechanismen entwickelt, durch die solche Tugenden heute scheinbar überflüssig geworden sind. Ich bin mir aber sicher, daß dies sich rächen wird und die moderne liberale Gesellschaft an ihrer Triebhaftigkeit zugrunde geht.

Schon heute wird überdeutlich, daß der Staat kaum noch in der Lage ist, die Geister die er selbst rief, zu bändigen und die gesellschaftliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Ganze Stadtteile in Großstädten werden heute schon von kriminellen Banden beherrscht, die ihren Anteil an der Triebbefriedigung "jetzt und sofort" fordern und in die sich die staatlichen Ordnungsorgane nicht mehr hineinwagen. Schulen müssen durch Sicherheitskräfte geschützt werden und der Drogenkonsum, - ein typisches Kennzeichen einer reinen auf Lustmaximierung gerichteten Gesellschaft - fordert mehr und mehr Opfer.

Zu 3.: Kommen wir nun zur dritten Beziehung in die der Mensch eingebunden ist, der Beziehung zu den Mitmenschen. Der Mensch ist von Anfang an ein soziales Wesen, er steht immer schon in Beziehungen zu Mitmenschen. Er wird in eine Familie hinein geboren und ist zunächst vollständig von seinen Eltern abhängig. Auch aus dieser Abhängigkeit ergibt sich die

Pflicht zur Unterordnung der Kinder unter ihre Eltern, zum Gehorsam gegenüber ihnen. Auch Dankbarkeit und Ehrfurcht gebührt den Eltern von seiten ihrer Kinder, sowie die Verpflichtung, ihnen später im Alter, wenn sie selbst Hilfe brauchen, beizustehen. Alle diese Verpflichtungen, die sich natürlicherweise aus dem Wesen des Menschen ergeben und Jahrtausende lang nicht in Frage gestellt wurden, werden heute lächerlich gemacht.

Der Mensch ist aber außer in der Familie und der weiteren Verwandtschaft noch in zahlreichen weiteren sozialen Beziehungen eingebunden - als Nachbar und Mitglied seiner Heimatgemeinde, als Staatsbürger, er ist Kollege in einem Unternehmen und in einer Berufsgemeinschaft. All diese Beziehungen bringen bestimmte Pflichten mit sich, aus denen auch Rechte für den Einzelnen erwachsen, nicht umgekehrt. Die grundsätzlichsste und allgemeinste Verpflichtung, die sich aus den sozialen Beziehungen des Menschen ergeben, ist die Verpflichtung, bei allen seinen Handlungen zum Gemeinwohl der jeweiligen Gemeinschaft aber auch des Ganzen, daß heißt des Staates, beizutragen. ...

Aus dem wenigen, das ich bisher zu den Rechten und Pflichten gesagt habe, die sich aus der menschlichen Natur ergeben, erkennt man bereits, daß alle Rechte des Menschen in Pflichten gegründet sind, daß das "subjektive Recht nichts anderes ist, als die Befugnis, seine Pflicht zu erfüllen" (Fellermeier, 1980, 9). Dies ist ein weiterer ganz entscheidender Unterschied des wahren Naturrechts zu den Naturrechtsverständnissen des Rationalismus und der Aufklärung, aber ebenso zu den sogenannten Menschenrechten. Die Menschenrechtsfanatiker haben nichts Besseres zu tun, als die Rechte des Menschen aufzulisten und sie lassen keine Gelegenheit außer acht, neue Menschenrechte zu proklamieren.

Neuerdings werden das Recht auf freie sexuelle Orientierung, das Recht auf Abtreibung, das Recht auf Selbstmord usw. als Menschenrechte gefordert. Allein durch den bloßen Hinweis auf das Grundprinzip des Naturrechts, daß Rechte sich aus Pflichten ergeben, würden alle diese angeblichen Rechte mit einem Schlag erledigen. Gibt es eine Pflicht zur Homosexualität? Eine Pflicht gezeugte Kinder umgehend zu ermorden oder sich selbst, im angemessenen Alter und bei Hilfsbedürftigkeit zu erhängen? Man sieht hier, wie lächerlich der Begriff der Menschenrechte ist. Menschenrechte sind der Kampfbegriff der Freimaurerei gegen die Rechte Gottes.

Wenn alle Rechte in Pflichten begründet sind, dann bedeutet das natürlich auch, daß derjenige, der größere Pflichten hat, auch mehr Rechte daraus ableiten kann. Eltern haben natürlich mehr Pflichten und damit auch Rechte als ihre Kinder, und ein mittelständischer Unternehmer, der die Verantwortung für sein Unternehmen und dreihundert Mitarbeiter hat, hat selbstverständlich auch mehr Rechte als seine Mitarbeiter. Hierzu das Zitat des Sozialethikers Jakob Fellermeier, der noch 1980 eine im großen und ganzen ordentliche kleine Schrift zum Naturrecht veröffentlicht hat:

"Die grundsätzliche Voranstellung der Rechte vor den Pflichten, wie sie in der Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter oder nach dem Recht auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zum Ausdruck kommt, hat den Naturrechtsbegriff der Aufklärung zur Voraussetzung, der das Naturrecht primär als subjektives Recht sieht und jede Rechtspflicht als nachträgliche Beschränkung dieses Rechts auffaßt" (ebd. 10). In diesem Satz ist das Wesentlichste zum Problem der Gleichberechtigung kurz und klar zusammengefaßt. Hinsichtlich der Würde als von Gott geschaffene Ebenbilder sind alle Menschen gleich; die liberalistische und sozialistische Forderung nach vollständiger Gleichberechtigung aller Menschen führt zu nichts anderem als zu maßlosen Ungerechtigkeiten.

Ein Familienvater, der gut für seine Familie sorgt und in zahlreichen Pflichten eingebunden ist, hat selbstverständlich auch mehr und andere Rechte als seine Ehefrau. Dies ist absolut keine Herabwürdigung der Frau, sondern ganz im Gegenteil die Einsetzung der Frau in ihre eigentliche und volle Würde. Selbstverständlich hat eine Frau, die selbst arbeiten geht und

zum Lebensunterhalt der Ehe, evtl. zum Lebensunterhalt der Familie beitragen muß, weil die liberal-kapitalistische Gesellschaft dem Vater ein angemessenes Familieneinkommen verweigert, auch zusätzliche Pflichten und damit auch zusätzliche Rechte.

Seit Jahren werden in Deutschland ganze Wahlkampfeschlachten um den Begriff der Gerechtigkeit geführt. Keine schwachsinnige Talkshow ohne Diskussion um "soziale Gerechtigkeit". Haben Sie in diesen Jahren auch nur einmal von einem Politiker, egal ob CDU-Politiker, Sozialdemokrat oder Linksozialist jemals gehört, was überhaupt Gerechtigkeit bedeutet, nämlich "Jedem das Seine"? Natürlich nicht! Gerechtigkeit bedeutet für diese Ideologen "allen das Gleiche". Der Kommunismus ist keineswegs mit dem Zusammenbruch des Ostblocks untergegangen. Er findet sich heute mitten in der liberalen Gesellschaft.

Mit dem naturrechtlichen Prinzip, daß alle Rechte in Pflichten gründen, haben wir zugleich ein gutes Mittel in der Hand, die sogenannten Menschenrechte angemessen zu beurteilen.

Ob ein sogenanntes Menschenrecht auch ein wirkliches Recht des Menschen ist, zeigt sich daran, ob dieses Menschenrecht eine vorausgehende Pflicht mit sich bringt. Nehmen wir das Beispiel eines sogenannten Menschenrechts, daß heute scheinbar eines der wichtigsten ist und in fast allen liberalen Verfassungen der Welt ganz weit oben steht. Ich meine das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit. Ergibt sich dieses vermeintliche Recht aus der Natur des Menschen? Wenn dies zutrifft, dann muß es eine Pflicht geben, die dem Recht auf Meinungsfreiheit vorhergeht.

Gibt es eine solche Verpflichtung des Menschen? Aus der menschlichen Natur, die in der Lage ist, das Gute und Böse zu erkennen und zu unterscheiden und damit das oberste Gesetz des Naturrechts "Man soll das Gute tun, und das Böse lassen" (Thomas von Aquin) mit Hilfe des Gewissens erkennt, folgt die Verpflichtung, stets dem Gewissen zu folgen. Aus dieser Pflicht folgt das Recht auf Gewissensfreiheit, wobei ein gebildetes Gewissen selbstverständliche Voraussetzung ist. Einem fünfjährigen Kind wird niemand Gewissensfreiheit zubilligen, weil es noch kein gebildetes Gewissen haben kann. Gewissensfreiheit ist aber etwas durchaus anderes als Meinungsfreiheit.

Meinungsfreiheit bedeutet, daß jeder uneingeschränkt seine Meinung in Wort und Schrift ausdrücken darf, sofern er nicht die Rechte anderer Personen verletzt, diese z.B. beleidigt. Von der Wahrheit der Meinung wird dabei völlig abgesehen. Dieses Absehen von der Wahrheit ist überhaupt ein allgemeines Kennzeichen der liberalen Menschenrechtsauffassung. Der Liberalismus ist agnostizistisch, das bedeutet, er geht davon aus, daß niemand die Wahrheit mit Sicherheit erkennen kann. Wenn die Wahrheit aber nicht erkennbar ist, dann darf sie auch nicht bei den Rechten und Pflichten eine Rolle spielen.

Jeder soll seine Meinung vertreten können die er "persönlich" für wahr hält, denn wer weiß schon, ob seine Meinung wahr oder falsch ist. Auf welcher Pflicht gründet aber dann das Recht auf Meinungsfreiheit? Es gibt eine Verpflichtung stets die Wahrheit zu sagen, aber keine Pflicht, stets seine Meinung zu sagen. Meinungsfreiheit im naturrechtlichen Verständnis besagt das Recht, Dinge die in politischer Hinsicht strittig sind oder die dem Volk abgefordert werden, offen und frei besprechen zu dürfen.

Ein demokratischer Staat, und auf diesen bezieht sich vor allem diese Bestimmung der Meinungsfreiheit durch Papst Leo XIII., darf vom Volk nicht verlangen, daß es "die ihm auferlegten Pflichten und Opfer" einfach ableistet, ohne sich seine "eigene Ansicht zu bilden", und dieser Ansicht ehrlich "Ausdruck zu verleihen und in einer dem Gemeinwohl entsprechenden Weise Geltung zu verschaffen" (Leo XIII., *Libertas praestantissimum*, vgl. auch: Herders Sozialkatechismus, Bd. II, 1953, 232).

Die so verstandene Meinungsfreiheit ist an Bedingungen geknüpft, z.B. daß die Äußerungen dem Gemeinwohl dienen, daß sie sich auf Fragen beziehen, "über die man verschiedener Meinung sein kann, welche Gott dem Menschen anheimgestellt hat, diese zu untersuchen",

und sie entspringt aus der Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit. Der heutige Begriff der Meinungsfreiheit, wie er auch den Menschenrechten zugrunde liegt, ist hingegen individualistisch geprägt; sie ist durch nichts begrenzt, außer daß sie die Rechte anderer Personen nicht beeinträchtigt, diese vor allem nicht beleidigt.

Die grundlegendste menschliche Gemeinschaft, die von Gott selbst gestiftet wurde, ist die Ehe. Die Ehe beruht auf der Liebe zwischen Mann und Frau und ist die Keimzelle der Familie. Gegen diese rein natürlichen Grundlagen, die sich aus dem Wesen des Menschen und seiner Erschaffung als Mann und Frau selbstverständlich ergeben, laufen die Feinde Gottes schon seit zweihundert Jahren Sturm.

Während man sich über die Mißachtung der Meinungsfreiheit in China oder Rußland die größten Sorgen macht, stört sich niemand dieser Moralapostel an der Zerstörung der Grundlagen der Gesellschaft. Ganz im Gegenteil betreibt der Staat selbst die Aushöhlung von Ehe und Familie. Dafür ein aktuelles Beispiel, das gleich mehrere Verstöße des deutschen Staates gegen das Naturrecht offenbart. Das Wesen der Ehe ist die von Gott gestiftete unauflösliche Gemeinschaft von Mann und Frau, die schon in der Schöpfungsordnung angelegt ist. Mann und Frau sind von Anfang an aufeinander verwiesen, Gott hat den Menschen in zwei Geschlechtern geschaffen."

Der geschlechtliche Unterschied ist unter den Menschen der grundlegendste und tiefgreifendste; er ist nicht nur körperlich, sondern ebenso gut geistig-seelischer Art" (Herders Sozialkatechismus, II, 3). Der Sinn der Ehe ist die Zeugung, Pflege und Erziehung von Nachkommen, denn dadurch wird die menschliche Gemeinschaft erhalten. Kinder sind von Geburt an und über viele Jahre unselbständig und bedürfen der Pflege und Erziehung. Wenn diese schlichten empirischen Tatsachen auch heute mehr und mehr bestritten werden, so kann jeder gesunde erwachsene Mensch, der nicht total ideologisch verbohrt ist, diese Tatsachen ohne große Überlegung erkennen.

Nun folgen aber aus diesen Tatsachen einige weitere Sachverhalte, die durch den modernen Liberalismus und Sozialismus in Frage gestellt werden. Was zunächst aus den Tatsachen der Ehe folgt ist die Verpflichtung der Eltern, mit allen ihnen verfügbaren Mitteln für die Pflege und Erziehung der ihnen geschenkten Kinder zu sorgen. Dies ergibt sich als logische Folge aus dem Ziel der Ehe. Niemand kann den Eltern diese Aufgabe abnehmen, es ist ihre ureigenste Pflicht, denn die Kinder gehören den Eltern, es sind allein ihre Kinder.

Nicht nur, daß sich der Staat schon seit langem das Recht anmaßt, Ehen zu schließen und gültig geschlossene Ehen zu scheiden, - beides schwere Verstöße gegen das Naturrecht -, er will nun auch die Kindererziehung selbst übernehmen. Eine derartige ungeheure Anmaßung war bisher nur aus kommunistischen und nationalsozialistischen Diktaturen bekannt. Natürlich ist der Staat berechtigt und auch verpflichtet, die Erziehung der Eltern zu schützen, auf verschiedene Weise zu unterstützen und nach den Erfordernissen des Gemeinwohls zu ergänzen, aber in keinem Fall ist es dem Staat erlaubt, die elterliche Erziehung zu ersetzen. Sollten die Eltern, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage sein, für die Erziehung der Kinder zu sorgen, so tritt hier zunächst die Hilfe der Angehörigen in Kraft.

Sollten auch diese nicht in Lage sein, die Kinder zu erziehen, dann ist die Kirche mit ihren Einrichtungen zuständig. ...

Auf keinen Fall hat jedenfalls der Staat ein Erziehungsrecht oder irgendeine Gewalt über Kinder.

Nun wird sehr oft eingewandt, daß das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder nicht selten mißbraucht wird. Denn wenn den Eltern das erste Erziehungsrecht zusteht, dann sind die Kinder auf Gedeih und Verderb den verschiedenen Einstellungen und Weltanschauungen der Eltern ausgeliefert. Sie können ihre Kinder zu Ungläubigen, Asozialen, Sektierern, Kommunisten und was sonst noch erziehen. Dieser Einwand ist zweifellos richtig. Wie alles



andere auch, so kann auch das Elternrecht mißbraucht werden, d.h. die Eltern kommen ihrer Pflicht nicht in angemessener Weise nach. Aber der Mißbrauch eines Rechts kann niemals dazu führen, das Recht selbst abzuschaffen oder mehr und mehr zu untergraben.

Bei Mißbrauch des Elternrechts kann der Staat von Fall zu Fall eingreifen und zwar im Sinne des Gemeinwohls. Die Gründe für den gerade in unserer Zeit massenhaften Mißbrauch des Elternrechts liegen nicht in diesem Recht, sondern im modernen Zeitgeist, dem der Staat entgegenzutreten sollte, anstatt, wie es heute geschieht, diesen noch zu fördern. Ein Staat, der die Tötung von Kindern im Mutterleib nicht bestraft, muß sich nicht wundern, wenn Eltern ihre Kinder nach der Geburt mißhandeln oder töten. Die Botschaft die von solch einer nicht bestraften Tat wie der Abtreibung ausgeht ist doch die, daß das Leben von Kindern nichts wert ist.

Hinzu kommt die staatlich betriebene Aushöhlung der Ehe, die das Fundament der Familie ist, durch die Förderung - nicht nur Duldung, was schon schlimm genug wäre - der Homosexualität, der Ehescheidung und so weiter. Ehe und Familie und das sich aus der Natur der Ehe ergebende Elternrecht sollten hier nur als Beispiel dienen für die zunehmende Zerstörung der naturrechtlichen Grundlagen der Gesellschaft und des Staates durch den modernen liberalen Staat, der zunehmend anstelle des Naturrechts das positive Recht setzt: 'Allein der menschliche Wille ist Urheber und Grund aller Gesetze und allen Rechts.'

Mehr und mehr nimmt diese Auffassung in der politischen Diskussion die Mehrheit ein. Selbst die sogenannten Menschenrechte werden heute zunehmend positivistisch gedeutet, indem man nach eigenem Gutdünken bestimmte Rechte wegnimmt und andere hinzufügt. Nur so kann man erklären, warum seit einigen Jahren das "Recht auf freie sexuelle Orientierung und freie Wahl der Geschlechtsrolle" als Menschenrecht gefordert wird.

Das Naturrecht ist ewiges Recht, von Gott selbst erschaffen und dem Menschen gegeben, damit er sein ewiges Ziel erreichen kann. Niemand, keine Gewalt auf dieser Erde und auch nicht die freimaurerische UNO, kann dieses Recht außer Kraft setzen.

Damit komme ich nun zum Schluß und möchte dazu die entscheidende Frage stellen: Warum ist der Kampf für das Naturrecht so wichtig? Die Antwort ergibt sich aus einem bekannten Dogma der katholischen Kirche, dem Dogma nämlich, daß die Gnade die Natur voraussetzt. Wo die menschliche Natur schwer beeinträchtigt ist, wo der Mensch in seinem natürlichen Wesen bedroht und enturzelt ist, dort besteht nur noch geringe Hoffnung, daß er sein ewiges Ziel, die glückselige Anschauung Gottes, erreicht.

Starke Drogenabhängigkeit, sexuelle Perversionen in großem Ausmaß, Heimat- und Bindungslosigkeit, mit schwer zerrütteten Familien und ausgeprägter Egoismus mit starken gesellschaftlichen Spaltungen sind heute keine Ausnahmereischeinungen mehr. Je mehr derartige Phänomene zunehmen, desto schwieriger wird es für die Kirche ihrer Aufgabe noch nachzukommen, daß Evangelium zu verkünden, die Menschen und die Gesellschaft zu Christus zu führen. Und diese Aufgabe ist die Aufgabe jedes Christen, nicht nur der Ordensleute, Priester und Bischöfe.

Um Louis Veuillot zu zitieren: "jeder Gabe, die wir erhalten, wohnt zugleich die Pflicht inne, Seelen und Leiber der vielen schwachen und unwissenden Brüder zu schützen. Der besondere Schutz, den wir den Schwachen schulden, ist die Einrichtung von Gesetzen, die ihnen die Erkenntnis Gottes und die Kommunikation mit Gott ermöglichen. ...

Apostolat, Mission und Re-Christianisierung sind nur möglich auf der Grundlage einer gesunden menschlichen Natur, deren Wesenseigenschaft die Offenheit für Gott ist.

Der liberal-individualistische Staat ist seinem Wesen nach auf die Isolierung, Atomisierung und Individualisierung des Menschen gerichtet und zerstört so aus seinem inneren Wesen heraus die Grundlagen der menschlichen Gemeinschaft, die für den Liberalismus nichts anderes ist als ein nachträgliches Phänomen, eine Aktiengesellschaft. Dieser Zerstörung der

menschlichen Natur, die sich mehr und mehr rächen wird, dürfen wir nicht weiter tatenlos zusehen. Alle Menschen guten Willens, besonders aber wir Christen, sind zum Widerstand gegen die Zerstörung der menschlichen Natur aufgerufen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 2. Januar 2009: >>**Kontrapunkte**

Die vom Civitas-Institut herausgegebene und dreimal jährlich erscheinende Zeitschrift Civitas befaßt sich in ihrer aktuellen Ausgabe (4/2008) im Schwerpunkt mit dem Thema Ehe und Familie. "Auf breiter Front" habe der "totalitäre Liberalismus" einen Angriff auf die Grundlagen des Naturrechts und damit auf die Natur des Menschen gestartet, schreibt Rafael Hüntelmann in seinem Editorial. In seinem Ziel, der Zerstörung von Ehe und Familie, die das Fundament jeder Gesellschaft bilden, unterscheidet er sich somit nicht vom Kommunismus.

Die Grundzüge dieser verhängnisvollen Entwicklung schildert die Gynäkologin Gabriele Marx in ihrem Beitrag "Die Pille - Vom Aufstieg bis zum Untergang". Die Medizinerin, öffentlich bekannt durch einen Auftritt in der Fernsehsendung "Menschen bei Maischberger", beschäftigt sich nicht nur mit den ethisch und demographisch verhängnisvollen Folgen der Verhütungspille, sondern beschreibt auch den Widerstand von Papst Paul VI., der mit seiner Enzyklika "Humanae vitae" seinerzeit einen deutlichen Kontrapunkt setzte.

Doch relativierten die Deutsche Bischofskonferenz mit ihrer "Königsteiner Erklärung" und die österreichischen Bischöfe mit der "Maria Troster Erklärung", in denen sie den Gebrauch der Pille der Gewissensentscheidung der Gläubigen überließen, die Mahnungen Roms. Eindrücklich schildert die Autorin, wie der Beruf des Frauenheilkundlers und Geburtshelfers spätestens seit der sexuellen Revolution der 68er zum Verhüter, Abtreiber und künstlichen Befruchter degenerierte und durch schamlose Sexualaufklärung bereits im Kindergarten, öffentliche Pornographie in allen Medien und eine "moderne" Jugendkultur die allgemeine Sexualisierung vorangetrieben wurde und schließlich zum Glaubensabfall führte.

Den massiven Angriff auf Ehe und Familie durch die totalitäre Gender-Ideologie, deren Ziel die Abschaffung des natürlichen Geschlechts ist, beschreibt Inge M. Thürkauf. Gender Mainstreaming zeichne sich als letzte übriggebliebene Ideologie des 20. Jahrhunderts durch besondere Aggressivität und Menschenverachtung aus, da der Angriff direkt gegen die Natur des Menschen geführt werde. Ihr liegt eine Weltanschauung zugrunde, die in der Konstruktion eines "neuen Menschen" gipfelt. Die Gender-Ideologen sind sich dabei bewußt, daß sie "jegliche bisher geltende Normen einreißen" und alles, was seit Anbeginn der Menschheit als "natürlich" und "normal" gegolten hat, durch Unordnung und Perversion ersetzen. Die Umerziehung zum "neuen Menschen", der "reif werden soll für die Neue Weltordnung, für die Neue Welteinheitsreligion", muß daher "schon bei Kleinstkindern, spätestens aber im Kindergarten beginnen".

Ein dritter Beitrag beschäftigt sich mit den naturrechtlichen Grundlagen der Familie aus dem bereits 1957 erschienenen und inzwischen leider längst vergessenen Buch "Amour, Famille, Christianisme" von Roger de Saint Chamas.

Anschrift: Civitas-Institut. Postfach 1541, 63133 Heusenstamm. ... Internet: [www.civitas-institut.de](http://www.civitas-institut.de) <<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 7. März 2009

(x892/...): >>**Jeder Angriff auf die Familie ist ein Angriff auf die Freiheit**

Der morgige 8. März (2. Fastensonntag) wird, von der UNO natürlich offiziell gefördert, auch als "Internationaler Frauentag" begangen. Der blutige sowjetische Diktator Lenin hatte ihn bereits 1921 in der Sowjetunion per Dekret eingeführt; in Deutschland wurde diese Tradition zunächst nur von der DDR aufgenommen. Erklärtes Ziel ist letztendlich eine "Gleichberechtigung" der Frauen.

In Wirklichkeit handelt es sich um nichts weiter als um einen Teil einer weit angelegten Kampagne, welche die volle Berufstätigkeit der Frauen herbeiführen will.

Nun ist niemand grundsätzlich gegen eine Berufstätigkeit der Frauen. Es gilt aber, zu verhindern, daß diese Vollzeit-Berufstätigkeit zu Lasten der Familie geht, des Kernes der bisherigen Gesellschaft. Die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft beginnt (nicht allein) mit der Zerstörung von Ehe und Familie.

Auf einer viel zu wenig beachteten Seite des Internetauftritts des Heiligen Stuhles verweist Alfonso Kardinal López Trujillo, Präsident des Päpstlichen Rates für die Familie, bereits im Dezember 1999 auf diese Zusammenhänge, leider nicht auf Deutsch. Wesentliche Sätze seien hier kurz auf Deutsch wiedergegeben:

"Macht, ihre Ausübung und ihre Regelungen sind Angelegenheit der politischen Gesellschaft, während die Zivilgesellschaft auf Zusammengehörigkeiten, freiwilligen Zusammenschlüssen, auf natürlichem Zusammenhalt beruht. Diese Unterscheidung erhellt zugleich auch die vielfältige Wirklichkeit der Familie, die ja der Kern der Zivilgesellschaft ist. Ganz ohne Frage hat sie eine wichtige wirtschaftliche Funktion, ihre Rollen jedoch sind weit mehr als wirtschaftlicher Art. Vor allem ist sie eine Lebensgemeinschaft, eine natürliche Gemeinschaft. Darüber hinaus stellt sie einen Zusammenhalt dar, weil sie auf die Ehe begründet ist. Diesen Zusammenhalt findet man in anderen zwischenmenschlichen Gemeinschaften nicht.

Allerdings hat die Familie in den letzten Jahrzehnten ganz erhebliche negative Einflüsse erfahren, und zwar durch die Tatsache, daß sie Seitens des Staates den gleichen Angriffen ausgesetzt war wie die anderen Zusammenschlüsse, welche der Staat entweder zu eliminieren oder nach seinen Vorstellungen zu lenken und zu leiten versuchte. Wenn der Staat sich die Macht anmaßt, die Familienbeziehungen zu reglementieren und Gesetze aufzudiktieren, die diese ihm übergeordnete natürliche Gemeinschaft nicht respektieren, dann steht zu befürchten, daß der Staat sich der Familien bedient, um seine eigenen Interessen zu verfolgen und daß er, anstatt die Familie zu schützen und ihre Rechte zu verteidigen, diese schwächt oder gar abschafft, um die Völker gänzlich zu dominieren".

Den "Internationalen Frauentag" wollen wir in dem Sinne denken, daß wir alle Frauen ehren, die es (berufstätig oder nicht) in diesen für die Familien materiell und geistig schwierigen Zeiten schaffen, liebende Mitte ihrer Familie zu sein und sich somit stark und aktiv den Angriffen auf die Familie zu widersetzen, deren Endziel die Dominanz über die Völker ist.<<